



STEFAN EICH

Die Währung der Politik.
Eine politische Ideengeschichte des Geldes
(aus dem Englischen von Felix Kurz)

Hamburger Edition | Hamburg 2023
392 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-86854-376-6

rezensiert von

FREDERIKE SCHOTTERS, Universität Tübingen

1974 erhielten zwei Ökonomen den Wirtschaftsnobelpreis. Ihre wirtschafts- und geldpolitischen Vorstellungen hätten kaum gegensätzlicher sein können. Einer der beiden Preisträger, Friedrich August Hayek, machte eine politische Steuerung des Geldes für die Inflation und das Scheitern des Bretton-Wood-Systems Anfang der 1970er-Jahre verantwortlich. Er plädierte für eine vollständige Privatisierung der Währung. Der zweite Preisträger, Gunnar Myrdal, zog andere Lehren aus der Inflation. Anstatt die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates zugunsten eines liberalisierten Kapitalismus aufzugeben, plädierte er für dessen Internationalisierung, um weltweit einen gerechten Zugang zu sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eröffnete also offenbar einen Möglichkeitsraum, die internationale Geldordnung grundsätzlich neu zu verhandeln.

Stefan Eich, Assistant Professor of Government an der Georgetown University in Washington, D.C., arbeitet in seiner Dissertation sorgfältig die historischen Dimensionen dieser beiden gegensätzlichen Visionen heraus.¹ Zugleich zeigt er, wie sich nach dem Ende von Bretton-Woods Ansätze einer neuen Weltwährungsordnung durchsetzen konnten, die – orientiert an Disziplin und Preisstabilität – den Zielen Hayeks näherkam als denen von Myrdal. Eichs Diagnose nach den währungspolitischen Turbulenzen in Folge der Finanzkrise von 2008 und der Corona-Pandemie: Wir leben in einem »labilen Interregnum« (S. 19), einer Phase rivalisierender Ideen, die der Konstituierung einer neuen Geldordnung vorausgehe. Eichs Buch liest sich als ein Versuch, dieser Neuverhandlung Schwung zu verleihen. Hinter seiner eher abstrakten Frage, wie die politische Theorie zur Demokratisierung der »monetären Gewalt« (S. 18) beitragen könne, steht insofern ein normatives und politisches, auf die Gegenwart gerichtetes Erkenntnisinteresse.

Eichs Studie an der Schnittstelle von Politik- und Geschichtswissenschaft ist – so viel sei vorweggenommen – eine inspirierende Lektüre. Eich startet bei der Ausgangsbeobachtung, dass

¹ Vgl. auch die US-amerikanische Originalausgabe: *Stefan Eich, The Currency of Politics. The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes*, Princeton 2022.

der politische Charakter des Geldes selten sichtbar sei. Geld sei aber keineswegs apolitisch. Vielmehr sei die Entpolitisierung des Geldes ein Taschenspielertrick – eine politische Strategie, die in Wahrheit eine Entdemokratisierung des Geldes verschleierte. Eichs Ziel ist es, die Bedeutung von Demokratie und Gerechtigkeit in der Geldordnung auszuloten. Seine politische Ideengeschichte des Geldes seziert in sechs chronologischen Kapiteln sehr sorgfältig geldtheoretische Ansätze von Aristoteles, John Locke, Johann Gottlieb Fichte, Karl Marx, John Maynard Keynes sowie verschiedene Ansätze der unmittelbaren Nachkriegszeit und der 1980er- und 1990er-Jahre.

Jedes Kapitel beginnt mit der Geschichte einer geldpolitischen Krise, auf die die theoretischen Entwürfe der Protagonisten gleichsam als Antwort verstanden werden können. Gewinnbringend zeigt Eich, in welchen theoretischen Traditionen die untersuchten Schriften standen und gegen welche alternativen Entwürfe sie jeweils gerichtet waren. So wird beispielsweise Marx' Aussparung der Politik des Geldes in »Das Kapital« erst verständlich, wenn man das Werk als Replik und Kritik an Pierre-Joseph Proudhon liest. Darstellerisch ist das sehr gelungen. Häufig werden die Gedankengänge von Marx, Keynes, Hayek und Co. als Dialog mit anderen Theoretikern dargestellt, auf die sie sich bezogen oder an denen sie sich (teils sehr polemisch und unterhaltsam) abarbeiteten.

Aristoteles dient Eich zu Beginn als »Fundament [s]einer genealogischen Untersuchung« (S. 273). Bei ihm tritt der politische Charakter des Geldes deutlich hervor: Aristoteles betonte den konventionellen Charakter des Geldes und begriff es analog zu Recht und öffentlicher Rede als essenzielle Institution des Zusammenlebens. Im Anschluss analysiert Eich drei frühmoderne Antworten auf das vom Geld aufgeworfene politische Problem. Im Zuge der englischen Münzkrise von 1695 entwickelte John Locke seine geldpolitischen Vorschläge. Um dem Geld Stabilität zu verleihen, sollte die Regierung den Geldwert, also die Metalldeckung des Geldes, nicht mehr politisch beeinflussen dürfen. Sein Vorschlag, der eine umfassende Wende zur üblichen Regierungspraxis darstellte, prägte das Geldverständnis folgender Generationen. Der Erfolg seiner Theorie führte dazu, dass der politische Charakter des Geldes unkenntlich wurde. Während Locke also die Ermessensspielräume des Souveräns einschränkte, galt Johann Gottlieb Fichte Geld als Ausdruck der Souveränität. Als im Zuge der durch die Koalitionskriege ausgelösten Geldkrise von 1797 die Bank of England zeitweise die Konvertibilität von Banknoten in Gold aufgab, habe Fichte, so Eich, »die radikalste und hellstichtigste Erörterung der Möglichkeiten von Fiatgeld« (S. 140) geliefert. Geld wurde für ihn zum reinen Zeichen, einzig gedeckt durch ein staatliches Versprechen – Kredit. Fichtes utopisches Modell einer nationalen Abschottung vom Außenhandel mittels politisch stabilisierter Fiatwährung fand allerdings keine Verwirklichung. Karl Marx kam nach der Bankenpanik von 1857 letztlich zu dem Schluss, dass jeder Versuch, die Natur des Geldes mittels Gesetze zu gestalten, vergeblich sei. Für ihn waren Warenproduktion und Geld im Kapitalismus zwei Seiten einer Medaille, jede Reform des Geldsystems hielt er für nutzlos, solange die Herrschaft des Kapitals nicht überwunden sei. Marx lehnte also Politik auf Grundlage von Geldreformen ab. Spiegelbildlich zu Locke wurde die Politik des Geldes fortan auch auf der Linken ignoriert.

Nachdem 1931 in der Weltwirtschaftskrise der Goldstandard endgültig aufgegeben worden war, band John Maynard Keynes die Steuerung des Geldes an den Anspruch sozialer Gerechtigkeit und forderte eine Konstitutionalisierung der Währung. Eine internationale Zentralbank und eine supranational gesteuerte globale Reservewährung sollten zugleich die Versöhnung von Welthandel und einzelstaatlicher Hegemonie ermöglichen. Die schließlich in Bretton Woods geschaffene Nachkriegsordnung blieb jedoch hinter zentralen Anliegen von Keynes zurück. Wie offen nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods die Situation zunächst für Alternativen zu dem sich durchsetzenden Neoliberalismus war, zeigt neben den zu Beginn genannten Vorstellungen von Hayek und Myrdal etwa auch die deutlich radikalere Vision der Arusha-Initiative von 1980. Die Teilnehmer*innen der Nord-Süd Konferenz »The International Monetary System and the New International Order« beharrten auf dem politischen Charakter des Geldes und prangerten das bestehende System als Werkzeug asymmetrischer Machtstrukturen an. Hinter ihrer Forderung nach einer demokratischen Reform der Währungsordnung stand insofern

auch das postkoloniale Anliegen einer Dekolonisation der Weltwirtschaft. Folgt man Eich, so war es vor allem die Politik der Inflationsbekämpfung in den 1970er- und 1980er-Jahren, die den nach dem Ende von Bretton-Woods eröffneten Möglichkeitsraum rasch wieder eingeschränkte. Der Staat geriet durch die Krisen jener Jahre unter erheblichen Legitimationsdruck, weil er Eingriffe, die de facto auf eine Inkaufnahme steigender Arbeitslosigkeit hinausliefen, schwer rechtfertigen konnte. Die Inflationsbekämpfung führte so letztlich dazu, den politischen Charakter des Geldes erneut zu verdecken. Die von den Regierungen geschaffenen, aber politisch unabhängigen Zentralbanken, mussten auf wirtschaftliche Gerechtigkeit keine Rücksicht nehmen. Der Staat grenzte also seine Fähigkeit zur Einflussnahme selbst ein und erhielt dazu im Kontext der zeitgenössischen »Inflationshysterie« (Brian Barry) sogar demokratische Zustimmung. Diese Politik der Entpolitisierung hatte auch nachhaltige Folgen für die politische Theorie, aus der geldpolitische Fragen völlig verschwanden. Gewissermaßen als langer Schatten von Marx verortete beispielsweise Jürgen Habermas Geld in der ökonomischen Sphäre und jenseits demokratischer Politik. Eichs Argumentation schließt im Sinne seines normativen Anspruchs mit konkreten Anregungen, wie die politische Theorie künftig zur »Demokratisierung der monetären Gewalt« (S. 279f.) beitragen könne.

Die Geschichte von Geld und Geldgebrauch hat in den Geschichts- und Kulturwissenschaften seit einiger Zeit wieder Hochkonjunktur.² Eichs Studie dürfte daher auf Interesse stoßen. Aus historiografischer Perspektive wirft seine Analyse aber einige Fragen auf. Erstens liest sich seine Studie überwiegend als eine Ideengeschichte auf dem Höhenkamm von Elitendiskursen, anstatt dass sie im Sinne der jüngeren Intellectual History politische Theorien aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive auf alltägliche Praktiken beziehen würde. Zweitens wäre es wünschenswert die Geschichte von Geld und Geldgebrauch konsequenter zu dekolonisieren und stärker auch außereuropäische Geldpraktiken und -ideen in den Blick zu nehmen.³ Beide Einschränkungen können indes den Gesamteindruck nicht trüben, sondern generieren vielmehr neue Forschungsfragen für künftige Studien. Eichs anregendes Buch trägt zu einem besseren Verständnis des aktuellen währungspolitischen »Interregnums« und seiner theoretischen Wurzeln bei. Es sei daher allen empfohlen, die sich für Geldtheorien in der *longue durée* oder für den Siegeszug des Neoliberalismus aus währungspolitischer Sicht interessieren.

Zitierempfehlung

Frederike Schotters, Rezension zu: Stefan Eich, Die Währung der Politik. Eine politische Ideengeschichte des Geldes, Hamburger Edition, Hamburg 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82025.pdf>> [2.10.2024].

² Vgl. die Themenschwerpunkte »Reden über Geld« in: Werkstatt Geschichte 88, 2023; sowie »Perspektiven der Geldsoziologie« in: Mittelweg 36, Jg. 28 (2019), Heft 3-4; vgl. Gerd Möll, Mit Geld spielt man nicht! Glücksspiel und »Glücksspielsucht« im parlamentarischen Diskurs, Bielefeld 2021.

³ Vgl. exemplarisch Eva Brugger, Sewantketten und Castorhüte. Gebrauchspraktiken von Geld und Mode in der Kolonie Nieuw Nederland, in: Traverse 28, 2021, S. 61-78.